

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 21.06.2012 um 19.20 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat Lorenz
2. Bürgermeister May
Stadtrat M. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadträtin Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Freitag
Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof
Stadtrat Steinruck
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)
Herr Pfreuzinger (Hoheim)

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Verwaltungsrat Hartner
Bauamtsleiter Graumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Heisel
Stadtrat E. Müller

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Oberbürgermeister Müller den Antrag, den TOP 2 „Schaffung eines sicheren Fußgängerüberweges von der Alten Mainbrücke in die Innenstadt“ abzusetzen, da die Anlieger noch bis 24.06.2012 Zeit hätten, die Bedenken und Anregungen vorzubringen. Darüber hinaus soll der TOP 4 „Beschluss zum kommunalen Einzelhandelskonzept“ auf TOP 2 vorgezogen werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.04. und 24.05.2012

- A. Bürgermeister Christof bezieht sich auf die Niederschrift vom 24.05.2012 und äußert seinen Unmut, dass der Beschluss hinsichtlich des Verkehrsentwicklungsplans (Durchführung einer Informationsveranstaltung) nicht umgesetzt wurde. Er werde mit Blick auf den fehlenden Vollzug die Niederschriften nicht mehr genehmigen. Die Volkshochschule sollte eine Informationsveranstaltung begleiten.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass Herr Arndt-Landbeck gefragt wurde, ob er einen Prozess begleiten könne, was er im Grunde bestätigt habe, eine Begleitung jedoch nicht in fachlicher Hinsicht passieren könnte.

Nach weiteren Äußerungen von Bürgermeister Christof entzieht Oberbürgermeister Müller Bürgermeister Christof das Wort, da es um die Genehmigung der Niederschrift gehe.

Stadtrat Pauluhn verweist ebenfalls auf die Niederschrift vom 24.05.2012 und bemängelt, dass die Aussage hinsichtlich der Einbeziehung der Antragsteller (Aussage von Stadtplaner Fischer) nicht getätigt wurde und darüber hinaus nicht der Wahrheit entspreche.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies in der Sitzung gesagt wurde und es unabhängig davon sei, ob diese Aussage der Wahrheit entspreche. Es müsse das protokolliert werden, was gesagt wurde. Gleichwohl sagt er zu, diese Aussage von Stadtplaner Fischer nochmals zu überprüfen.

B. Mit 24 : 3 Stimmen

Die öffentlichen Niederschriften vom 26.04. und 24.05.2012 sind gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

2. Beschluss zum kommunalen Einzelhandelskonzept

- A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- und gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister May als Referent für Wirtschaft und Konversion stellt dar, dass die UsW-Fraktion getrennt abstimmen werde. Seiner Auffassung nach sei das Zentrenkonzept sehr sinnvoll für die Stadt, sehe dies aber nicht als feststehendes Instrument an. Bei der Vorlage eines interessanten Angebotes könne der Stadtrat gleichwohl eine Einzelfallentscheidung treffen. Er werde dem Zentrenkonzept zustimmen.

b) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Moser geht auf die Historie des Zentrenkonzeptes ein und stellt fest, dass es eine Verschwendung von Steuergeldern wäre, wenn man dem Zentrenkonzept nicht zustimme. Er sei sich bewusst, dass nicht alle Vorgaben umgesetzt werden können, jedoch sehe er es als Rahmenplan für ein einheitliches Handeln an. Die CSU wird dem Beschluss mehrheitlich folgen.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul richtet einen Appell an die Stadtratskolleginnen und Kollegen, dem Zentrenkonzept zuzustimmen und verweist auf die erheblichen Steuergelder, die bislang in die Entwicklung geflossen seien. Sie stellt fest, dass es sehr viele Leerstände gebe und man mit dem vorliegenden Zentrenkonzept wieder hoffen könne. Die Verwaltung müsse das Konzept nun umsetzen und verweist auf ihren Antrag zum Flächenmanagement.

d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter stellt fest, dass sich das Kaufverhalten geändert habe und deshalb das Zentrenkonzept überholt sei. Sie stellt fest, dass die Fraktion unterschiedlich abstimmen werde.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof hält ein Zentrenkonzept für nicht mehr zeitgemäß und gibt zu Bedenken, dass die dem Konzept zugrundeliegenden Zahlen aus dem Jahr 2006 stammen und nicht mehr aktuell seien. Es dürfe nicht ausschlaggebend sein, dass das Konzept bereits erhebliche Kosten verursacht habe und es sei problematisch, dass sich der Stadtrat selbst nicht an das Konzept halte. Die KIK werde dem Zentrenkonzept nicht zustimmen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stellt dar, dass die ödp für das Zentrenkonzept stimmen werde. Die Leerstände kommen auch deshalb zustande, weil sich der Stadtrat nicht an das ursprüngliche Zentrenkonzept gehalten habe. Die Stadt habe ein Überangebot an Märkten auf der grünen Wiese. Die Einzelhändler benötigen eine gewisse Sicherheit, weshalb sie bittet, dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich gegen das Zentrenkonzept aus, da seiner Auffassung nach, mit Verboten keine Attraktivitätssteigerung erreicht werden könne. Er stellt fest, dass es in der Innenstadt sehr viele gute Einzelhändler gebe. Seiner Auffassung nach fehle es an Parkmöglichkeiten sowie Wohnungen in der Innenstadt.

B. Stadtrat Moser stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

C. Mit 23 : 4 Stimmen

Mit dem Antrag von Stadtrat Moser auf namentliche Abstimmung besteht Einverständnis.

D. Stadtrat Rank stellt fest, dass er Zeit seiner Stadtratstätigkeit noch nicht erlebt habe, dass ein Konzept umgesetzt wurde. Er spricht sich gleichwohl für das Zentrenkonzept aus, da bereits sehr viele Aufwendungen aufgebracht wurden und ein Schlusstrich unter dieses Verfahren gezogen werden sollte.
Oberbürgermeister Müller fragt im Folgenden die Stadtratsmitglieder einzeln nach ihrem Abstimmungsverhalten:

Stadtrat Ferenczy	Ja
Stadtrat Günther	Nein
Stadtrat Lorenz	Ja
2. Bürgermeister May	Ja
Stadtrat M. Müller	Ja
Stadträtin Richter	Nein
Stadtrat Schmidt	Nein
Stadtrat Moser	Ja
Stadtrat Rank	Ja
Stadträtin Schwab	Ja
Stadtrat Stiller	Ja
Stadträtin Stocker	Ja
Stadtrat Weiglein	Ja
Stadträtin Dr. Endres-Paul	Ja
Stadträtin Glos	Ja
Stadträtin Kahnt	Ja
Stadtrat Freitag	Ja
Stadtrat Haag	Nein
Stadträtin Wachter	Nein
Bürgermeister Christof	Nein
Stadtrat Steinruck	Nein
Stadtrat Popp	Nein
Stadtrat Pauluhn	Ja
Stadträtin Schmidt	Ja
Stadtrat Böhm	Nein
Stadtrat Schardt	Nein
Oberbürgermeister Müller	Ja

E. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass mit **17 zu 10 Stimmen** folgender Beschluss gefasst wurde:

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt das kommunale Einzelhandelskonzept der Stufe 1.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das kommunale Einzelhandelskonzept als Grundlage der Stadtentwicklung und zur Beurteilung und Ausweisung von künftigen Handels- und Gewerbenutzungen heranzuziehen.
4. Der Stadtrat stimmt zu die in der Stufe 2 erarbeiteten Empfehlungen als Grundlage der weiteren Entwicklung der Innenstadt heranzuziehen.

3. Bahnlärm im Stadtgebiet Kitzingen - 3. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion zum Thema Bahnlärm

Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen lässt entlang der Bahntrasse Würzburg – Fürth im Stadtgebiet Kitzingen eigene Lärmmessungen durch ein Fachbüro durchführen.
3. Sollten die Ergebnisse aus den Lärmmessungen bestätigen, dass zulässige Grenzwerte überschritten werden, ist die Bahn aufzufordern, geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte für Lärmimmission in Wohngebieten einzuleiten. Dies

kann auch kostengünstig durch Geschwindigkeitsbegrenzungen erreicht werden.

4. Bahnlärm in Kitzingen - Antrag KIK-Stadtratsfraktion vom 20.04.2012.
"Einberufung einer öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates zur Thematik Bahnlärm in Kitzingen und dessen negative Auswirkungen auf das Befinden der betroffenen Bürger"

A. Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Einberufung einer öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates zur Thematik „Bahnlärm in Kitzingen und dessen negative Auswirkungen auf das Befinden der betroffenen Bürger“. In dieser Sitzung sollen geeignete Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung der vom Schienenverkehr der Deutschen Bahn ausgehenden Lärmimmissionen im Stadtbereich Kitzingen beschlossen werden.
3. Im Vorfeld der unter Ziffer 2. beantragten Sondersitzung sollte ein demokratischer Anhörungstermin, bei dem alle beteiligten Parteien wie die Stadtverwaltung Kitzingen, die Deutsche Bahn, unabhängige Fachleute aus Wissenschaft und Medizin sowie Verkehrsexperten teilnehmen und die Bürger sowohl ihre Fragen vorbringen als auch ihre Stellungnahmen abgeben können.
4. Für die im Brennpunkt stehenden Stadtbereiche sind Lärmmessungen auf wissenschaftlicher Basis vorzunehmen. Es sind Messungen nach dB(A) und dB(C) durchzuführen.

- B. Bürgermeister Christof stellt im Nachgang fest, dass der Anhörungstermin noch nicht festgelegt wurde. Seiner Auffassung nach sollte der Anhörungstermin in der zweiten Septemberhälfte stattfinden. Darüber hinaus sollten die Fraktionen und Gruppen aufgefordert werden, entsprechende Fachleute, die am Anhörungstermin teilnehmen sollen, zu benennen.
Oberbürgermeister Müller bestätigt dies und erklärt, dass ein entsprechender Termin gefunden werde.

5. Jahresrechnung 2011

Ohne Abstimmung

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2011 der Stadt Kitzingen wird gemäß Art. 102 Abs. 2 GO Kenntnis genommen.

Summe bereinigte Solleinnahmen Verwaltungshaushalt	41.561.903,54 €
Summe bereinigte Solleinnahmen Vermögenshaushalt	<u>11.597.965,35 €</u>
	<u>53.159.868,89 €</u>
Summe bereinigte Sollausgaben Verwaltungshaushalt	41.561.903,54 €
Summe bereinigte Sollausgaben Vermögenshaushalt	<u>11.597.965,35 €</u>
	<u>53.159.868,89 €</u>
Fehlbetrag/Überschuss	<u>0,00 €</u>

6. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Stiftung Kulturzentrum Fasching-Fastnacht-Karneval Kitzingen zur Absicherung eines Zuschusses aus dem Kulturfonds Bayern

A. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Beschluss nochmals gefasst werden müsse, da die Genehmigung durch die Rechtsaufsicht nicht notwendig sei.

B. Mit 20 : 7 Stimmen

Der Beschluss vom 26.04.2012 auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft auf die Dauer von 25 Jahren für alle Rückforderungsansprüche an den Hauptschuldner, die Stiftung Kulturzentrum Fasching-Fastnacht-Karneval in Höhe der im Rahmen der Förderung nach dem Kulturfonds Bayern an diesen gewährte Zuwendung und darüber hinaus für Zinsen und Kosten aller Art, welche dem Gläubiger aus dieser Forderung entstanden sind oder noch entstehen werden, wird ohne die Voraussetzung der rechtsaufsichtlichen Genehmigung bestätigt.

C. Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er dem Beschlussentwurf nicht zustimmen könne, da die möglichen Auswirkungen für die Stadt unüberschaubar seien.

Oberbürgermeister Müller entgegnet, dass alle Punkte im seinerzeitigen Beschlussentwurf bekannt waren und der Stadtrat entsprechend informiert war.

Stadtrat Moser ergänzt, dass es ein ganz normaler Vorgang sei und eine Inanspruchnahme durch die Stadt Kitzingen theoretisch ausgeschlossen sei.

Oberrechtsrätin Schmöger verneint dies und erklärt, dass es in der Praxis in der Tat vorkommen könnte, dass die Stadt für die Bürgschaft eintreten müsse.

7. Haushaltsüberschreitung

Mit 27 : 0 Stimmen

Die Haushaltsüberschreitungen für das Rechnungsjahr 2012 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 5840 7180	Kleine Gartenschau Natur in Kitzingen 2011	0 €	50.000 €
<u>VmHh:</u> 5900 9581	Kleine Gartenschau Natur in Kitzingen 2011	0 €	100.000 €

werden genehmigt.

Die Deckung erfolgt für

HSt. 5840 7180 durch die Allgemeine Deckungsreserve HSt. 9141 8500

HSt. 5900 9581 durch Mehreinnahmen Veräußerung von Grundstücken HSt. 6346 3400

8. Anfrage von Bürgermeister Christof
Container von Kabel Deutschland

Bürgermeister Christof möchte wissen, ob Kabel Deutschland an der Inneren Sulzfelder Straße einen Container aufstelle. Er äußert seinen Unmut, dass gemäß Bürgerantrag die Gartenflächen am Bahnhof freigehalten werden müssten. Falls ein entsprechender Vertrag geschlossen wurde, müsse er wieder zurückgenommen werden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass er hierzu lediglich in nichtöffentlicher Sitzung Auskunft geben könne.

9. Anfrage von Stadtrat Pauluhn
Abschlussbericht „Natur in Kitzingen“

Stadtrat Pauluhn fragt nach einem Abschlussbericht hinsichtlich „Natur in Kitzingen“ und möchte insbesondere wissen, ob der Kostenrahmen eingehalten wurde.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu und erklärt, dass noch bis zum 31.12.2012 die „Natur in Kitzingen GmbH“ abgerechnet werde. Nach gegenwärtigen Erkenntnissen werden die Kosten eingehalten bzw. falls, dann nur geringfügig überschritten.

10. Anfrage von Stadträtin Glos
Schließung des aqua-sole Hallenbades

Stadträtin Glos möchte wissen, ob es richtig sei, dass das Hallenbad geschlossen werden müsse.

Oberbürgermeister Müller bestätigt dies. Es müssen Reparaturarbeiten gemacht werden, die einen Betrieb nicht möglich machen. Den Schulen sowie der TGK wurde dies zur Kenntnis gegeben. Eine Reparatur in der Ferienzeit sei nicht möglich, da die ausführende Firma nicht greifbar sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen

11. Anfrage von Bürgermeister Christof
Einstellung von Unterlagen zum Verkehrsentwicklungsplan ins Internet

Bürgermeister Christof bemängelt, dass die Unterlagen zum Verkehrsentwicklungsplan nicht ins Internet gestellt worden sind, obwohl dies in der Sitzung am 24.05.2012 zugesagt wurde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Unterlagen nach der Sitzung entsprechend eingestellt wurden.

Bürgermeister Christof erwidert, dass es sich nur um die allgemeinen Folien handelte, jedoch nicht um die umfassenden Informationen.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung zu.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.05 Uhr.